

KEINE STIMME DEN NAZIS !

INFORMATIONEN ZUR KOMMUNALWAHL AM 7.JUNI

Die Kommunalwahl am 7.Juni kommt immer näher. Überall hängen wieder Plakate der NPD. Um ihr bestreben nach dem Einzug in den Kreistag entgegenzuwirken, erklären wir mit diesem Flyer was die Arbeitsweise der NPD ist, wofür sie steht und wofür sie nicht steht. Unser Ziel für den 7.Juni ist es: „NPD = 0 Abgeordnete im Kreistag Nordwestmecklenburg“.

NPD im Parlament

Der Einzug der NPD in den kommunalen Parlamente bringt die Gefahr mit sich, dass sie sich ohne große Schwierigkeiten und ohne große Aufmerksamkeit still einnisten kann. So waren sie bereits vor der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg Vorpommern mit insgesamt 10 Mandate in 7 kommunalen Vertretungen präsent.

Das sollte man nicht unterschätzen, denn besonders in ländlichen Gebieten kann die NPD durch die Verankerung in den Kommunen sehr großen Einfluss auf diese Gegenden haben und somit ihre faschistische Ideologie ungestört verbreiten.

Im September 2006 folgte dann der Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. Unter der Führung Udo Pastörs erreichten sie hier 7,3% der Stimmen, diese entsprechen sechs Sitze im Landtag. Doch was hat die NPD in diesen drei Jahren geleistet? Nichts nennenswertes. Sie glänzen eher durch kontraproduktives Verhalten und Provokation.

Es geht soweit, dass 199 Ordnungsrufe - u.a. wegen Beleidigung gegenüber anderen Abgeordneten – ausgesprochen, ihnen 14 mal das Rederecht entzogen und 16 mal ein Ausschluss der Sitzung gegen die NPD- Abgeordneten verhängt wurde, um eine gesittete Debatte im Landtag weiterführen zu können.

Durch den Einzug in den Landtag und damit verbundene finanzielle Unterstützung hat die NPD die Chance erhalten professioneller zu arbeiten. Unterstützt werden sie zusätzlich durch gewaltbereite Kameradschaften, die dann beim verteilen rechtsextremer Propaganda, bei Schutz von Informationsständen oder durch Teilnahme an NPD-Demonstrationen helfen.

Soziale Frage als »deutsche Frage«¹

Seit einigen Jahren versuchen Neonazis aller Schattierungen, die »soziale Frage« zu einem Schwerpunkt ihrer Selbstdarstellung zu machen. Sie führen eigene Aufmärsche am 1. Mai durch und präsentieren sich dort als VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung. Neonazis übernehmen bei ihren Aufmärschen häufig bekannte Parolen der Linken wie »Heraus zum 1. Mai«, »Arbeitsplätze statt Globalisierung « oder »Unsere Agenda heißt Widerstand«, und stellen sie in einen anderen Zusammenhang. Und dieser heißt bei den Neonazis: »Sozialstaat nur für Deutsche!« Für alle, die nicht in deren Weltbild passen – und dazu zählen Nazis mehr als nur »die Ausländer« – bedeutet das aber: gesellschaftliche Ausgrenzung und nicht die Herstellung sozialer Gleichheit.

»Schluss mit Hartz IV« und wollen gleichzeitig »Arbeitsdienst für Unvermittelbare«

So macht sich beispielsweise die NPD den verbreiteten Frust über die unsichere wirtschaftliche Situation vieler Menschen und positive Erinnerungen an soziale Absicherungen in der alten DDR zunutze. Bei den Montagsdemos gegen die Hartz-IV Reformen traten Neonazis als GegnerInnen dieser Reformen auf und erhielten dafür viel Aufmerksamkeit.

Doch sie fordern gleichzeitig einen Arbeitsdienst getreu ihrem Vorbild aus der Nazi-Zeit, dem »Reichsarbeitsdienst «:

Wer keinen Arbeitsplatz über den freien Arbeitsmarkt erhält, soll vom Staat zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.

¹ Text teilweise aus Broschüre „Kein Bock auf Nazis“

»Volksgemeinschaft statt Klassenkampf«

Solche Zwangsmaßnahmen wie Arbeitsdienste passen in das Nazi-Modell der »Volksgemeinschaft«, einer Ordnung, in der der Einzelne nichts ohne sein Volk ist. In einer wirklich demokratischen Ordnung kommt jedem Menschen seine Würde aus sich selbst zu; darin sind alle gleich, jede und jeder besitzt sie von Geburt an, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung. Ganz anders beispielsweise im NPD-Programm. Dort soll der Staat »Verantwortung für das Volk« tragen (und nicht für den einzelnen Menschen). Damit wäre in einem Staat nach den Vorstellungen der NPD Tür und Tor geöffnet für staatliche Willkür gegen Individuen; einzelne Menschen oder Gruppen könnten beliebig zu »Volksschädlingen« erklärt und verfolgt werden. Wer keine »blutsdeutschen« Vorfahren hat, gehört für die NPD nicht zum Volk und hat bei ihr weniger Rechte. Sie will keine Demokratie (demos = Volk), sondern eine »Ethnokratie«, also die Herrschaft einer ethnischen Gruppe.

»Arbeitsplätze zuerst für deutsche« denn sie wollen »Ausländer Raus!«

Neonazis wollen alle, die nicht deutscher Herkunft sind, aus Deutschland vertreiben. Dafür ist ihnen kein Argument zu schäbig. Die Neonazis hetzen Menschen, die Angst um ihre Arbeitsplätze haben, mit rassistischen Parolen gegen MigrantInnen oder Flüchtlinge auf. Neonazis leugnen die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und schließen dabei von der biologischen Verschiedenheit aller Individuen auf ihre vermeintliche gesellschaftliche, politische, soziale und juristische Ungleichheit. Demnach sei es auch erstrebenswert, dass nebeneinander verschiedene Staaten und Gesellschaften existieren, die jeweils »reinrassig« sein sollten. Diese Vorstellung gipfelt bei der NPD in der Forderung, alle EinwanderInnen und ihre Kinder in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken. Gegen die vorgeblichen »deutschen Interessen« stehen bei den Neonazis »internationale Interessen«. Sie versuchen, »deutsche Arbeiter« gegen »die Ausländer« auszuspielen. So werden MigrantInnen zu den ersten Opfer der von den Nazis geforderten »Volksgemeinschaft«.

»Arbeitsplätze statt Globalisierung« denn sie wollen »das die Welt draußen bleibt!«

Die Globalisierung ist schon lange zum Totschlag-Argument geworden. Der Kritik am Sozialabbau wird oft mit dem pauschalen Hinweis auf internationale wirtschaftliche Verflechtungen begegnet. Viele Menschen glauben, dass »Globalisierung« oder »ausländische Interessen« schuld an der wirtschaftlichen Krise in Deutschland sind.

Neonazis nutzen diese populäre Ablehnung der Globalisierung, um ihre eigenen Parolen zu verbreiten. In ihrem Weltbild ist das Ausland ein Gegner, der nur ein Interesse hat: das deutsche Volk zu unterdrücken.

Dagegen setzen wir die internationale Solidarität aller Menschen, gerade wenn deren Würde bedroht ist. Viele engagierte GewerkschafterInnen fordern deshalb auch die Durchsetzung sozialer Mindeststandards in jedem Land, anstatt sich von der Welt abzuschotten.

Es macht also Sinn, auch bei Themen wie Sozialabbau und Globalisierung genau hinzugucken und nicht jede Parole unreflektiert zu übernehmen. Denn ein Eintreten für gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen ist nur ohne Neonazis möglich und nicht zusammen mit ihnen. Neonazis bieten immer scheinbar einfache Lösungen für sehr komplexe Probleme an. Doch diese einfachen Lösungen sind nur auf den ersten Blick verlockend. Bei genauerem Hinsehen bleibt von diesen einfachen Lösungen meist nur Menschenverachtung, Größenwahn und Rassismus übrig. Ein genaues Informieren und Hingucken ist daher dringend notwendig.

Für eine gerechte Gesellschaft!

Neonazis nutzen die sozialen und politischen Folgen des kapitalistischen Systems für nationalistische Propaganda. Stellen wir klar, dass der Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Verwertungslogik nur solidarisch über Ländergrenzen hinweg zu führen ist. Eine „deutsche Volksgemeinschaft“, antisemitische Verschwörungstheorien und rassistische Ausgrenzung sind keine Lösungen, sondern Teil des Problems. Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft für alle - unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht.

MEHR INFORMATIONEN GIBT ES UNTER:

www.links-lang.de

www.keinbockaufnazis.de

www.npd-blog.info

Eine Initiative der Antifa Nordwestmecklenburg und der Antifa Wismar